

## Harenberg City-Center kriegstüchtig

**Laut Bericht der Ruhrnachrichten vom 20.08.26 soll im nächsten Jahr im Harenberg City-Center (HCC) ein Musterungszentrum der Bundeswehr für das gesamte Ruhrgebiet eingerichtet werden.**

Zu der bereits im HCC genutzten Etage des Militärs soll eine weitere angemietet werden, um dort ab Herbst 2027 voraussichtlich 13.200 Musterungen jährlich bei den 18 jährigen Jugendlichen ab dem Geburtsjahrgang 2008 anordnen und (ggfls. zwangsweise) durchsetzen zu können. Ein Beitrag zur „Kriegstüchtigkeit“ – so das gängige Narrativ.

Gebaut wurde das stadtprägende HCC in den Jahren 1992 – 1994 in unmittelbarer Nähe zum Hauptbahnhof. Bauherr war der Dortmunder Verleger Bodo Harenberg. Zeitweise war es mit ca. 70 m das höchste Gebäude in Dortmund. Neben der Nutzung als Bürofläche war es als Kulturzentrum mit eigens dafür bestimmten Veranstaltungs- und Hörsälen geplant und errichtet. Nach seiner Eröffnung im Frühjahr 1994 fanden dort regelmäßig über 100 (teils hochkarätige) Events jährlich mit Beteiligung von

*Von Bernhard Münster*

Künstlern, Musikern, Schauspielern und Autoren aus aller Welt statt. Das HCC wurde eine internationale kulturelle Begegnungsstätte, die zur Völkerverständigung und damit zum Frieden beitrug.

Damit war Schluss, nachdem der damals 70jährige Harenberg im Jahr 2007 seine berufliche Tätigkeit weitgehend einstellte und seinen Verlag und das HCC verkaufte. Erwerber war zunächst die Hannover Leasing, die das Eigentum aber wenige Monate nach dem Kauf an einen Fond des amerikanischen Finanzdienstleisters JP Morgan weiterreichte. Dass die kulturelle, finanziell nicht gewinnbringende Ausrichtung des HCC der ausschließlich kapitalistisch orientierten Sichtweise des US-Konzerns zum Opfer fiel, lag bereits damals auf der Hand.

Der Kulturbetrieb im HCC kam dann nach und nach zum Erliegen. Profit – spricht kommerzielle Nutzung und Vermietung zu Höchstpreisen – ist seitdem angesagt. Der Gedanke an Völkerverständigung und Frieden ist dabei eher hinderlich.

Die Eigentumsverhältnisse haben sich zwischenzeitlich erneut geändert. Die Grundhaltung aber nicht, da die Übertragung an andere Immobilienfonds mit der gleichen kapitalistischen Grundhaltung und Ausrichtung erfolgte. Ob die Wende zur „Kriegstüchtigkeit“ allerdings tatsächlich den erhofften ökonomischen Gewinn einführt, ist sehr zweifelhaft.

Bereits jetzt ist in der Jugend ein großer Widerstand gegen die geplante Einführung der Wehrpflicht und die damit verbundene Musterung entflammt. Der letzte Demonstrationzug anlässlich der Schülerstreiks gegen die Wehrpflicht am 25.09.26 machte vor dem HCC Halt, um lautstark gegen die geplante Nutzung als Musterungszentrum zu protestieren.

Auch in den Medien regt sich mehr und mehr Widerstand. Zu erwarten ist, dass sich dies im Zuge der Auseinandersetzung um die Einführung der Wehrpflicht und mit Beginn der Musterungen deutlich verstärkt und das HCC als Symbol der Militarisierung in Dortmund ins Fadenkreuz gerät. Dies dürfte kaum zur Attraktivität des Standortes bei Mietinteressenten beitragen.



Am 25. September führte die Demonstration der streikenden Schüler auch zum künftigen Musterungszentrum Harenberg City-Center. Hier wurde eine Zwischenkundgebung abgehalten, auf der es zu lautstarken Protesten kam.



### Auf ein Wort ...

#### Friedenspreis für Kriegstreiber!

Petra Krug, DKP Dortmund,  
Stadtteilgruppe West

**A**m 1. Oktober fand im Historischen Rathaus zu Münster die Verleihung des Westfälischen Friedenspreises statt. Der mit 100 000 € dotierte Preis wird alle zwei Jahre von der Wirtschaftlichen Gesellschaft für Westfalen und Lippe e.V. (WWL) verliehen, je die Hälfte geht an einen Haupt- und einen Jugendpreisträger. Anlass für dessen erstmalige Auslobung im Jahr 1998 war das 350jährige Jubiläum des Westfälischen Friedens.

Mochte man auch einige der bisherigen Preisträger kritisch sehen, so rieb man sich 2026 nach der Verkündung der Jury-Entscheidung die Augen und fragte: Ist es Satire oder Zynismus?

Der Preis geht tatsächlich an das Kriegsbandnis NATO und wird stellvertretend von dessen Generalsekretär Mark Rutte entgegengenommen. Preiswürdig sei die NATO laut Jury wegen ihres Einsatzes für Sicherheit, transatlantische Zusammenarbeit und Stabilität in Europa.

Die Empörung über diese Entscheidung ist groß:

Ein Militärbündnis wird geehrt, dessen Kernkompetenz in Aufrüstung, Drohung mit militärischer Gewalt und deren tatsächlicher Anwendung besteht. Eine solche Institution mit einem Friedenspreis auszuzeichnen, verwische den Unterschied zwischen ziviler Konfliktlösung und militärischer Machtpolitik mit dem Ziel, Krieg und die massive Aufrüstung politisch und moralisch zu rechtfertigen, so das Friedensforum Münster.

Die Besetzung der 11köpfigen Jury durch die WWL spricht für sich:

Ihr gehören neben Blackrock-Fritze Merz, Frank-Walter Steinmeier, dem Obertransatlantiker Siegmund Gabriel und dem grünen Kriegstreiber Cem Özdemir auch der in vielfacher Hinsicht zwielichtige Fleischmilliardär Clemens Tönnies und der erzreaktionäre Verleger Benedikt Huffer an.

Nebenbei bemerkt sucht man Frauen in der Jury vergeblich. Dass dieser Personenkreis sich schon einmal durch Äußerungen im Sinne von Abrüstung, Diplomatie und Entspannung hervorgetan hat, ist nicht bekannt.

Sie sind Handlanger, Propagandisten und Profiteure von Aufrüstung und Kriegsertüchtigung. Ich bin sicher, sie werden die Nominierung Wolodimir Selenskys für den Friedensnobelpreis auf das heftigste begrüßen.

## Erinnerungsort am ehemaligen Stalag VI D schaffen!

**Wie wir bereits berichteten, wurden bei Arbeiten für den Erweiterungsbau der Westfalenhalle Überreste des ehemaligen Stalag VI D Dortmund gefunden. In diesem Kriegsgefangenenlager wurden tausende Gefangene aus Polen, Frankreich, Belgien, Serbien und der Sowjetunion unter menschenunwürdigen Bedingungen festgehalten. Sie mussten Zwangsarbeit leisten. Tausende kamen ums Leben. Mehr als 3 000 von ihnen waren Kriegsgefangene aus der Sowjetunion.**

Inzwischen beschloss der ‚Förderverein Gedenkstätte Steinwache - Internationales Rombergpark-Komitee‘ eine Resolution, in der Folgendes gefordert wird:

- ▷ „die laufenden archäologischen Untersuchungen mit der erforderlichen Sorgfalt fortzuführen und bis zu ihrem fachlich gebotenen Abschluss zu ermöglichen,
- ▷ die Einrichtung eines sichtbaren und öffentlich zugänglichen Erinnerungsortes am historischen Standort des ehemaligen Stalag VI D als städtisches Ziel zu beschließen,
- ▷ die Ergebnisse der archäologischen und historischen Forschungen in die weitere Planung einzubeziehen,
- ▷ die Dortmunder Zivilgesellschaft sowie die Herkunftsstaaten der Kriegsgefangenen frühzeitig und umfassend bei

Von Hanfried Brenner

der Entwicklung des Erinnerungsortes zu beteiligen,  
▷ die Errichtung und Eröffnung des Erinnerungsortes zum Stalag VI D zeitgleich mit der Eröffnung der Hallen des neuen Bauabschnitts sicherzustellen.“

Weiter heißt es in dem Text: „Die aktuellen archäologischen Funde machen einen Ort sichtbar, der lange Zeit kaum im öffentlichen Bewusstsein der Stadt Dortmund und seiner Bürgerinnen und Bürger präsent war. (...) Deshalb müssen die archäologischen Untersuchungen mit der notwendigen Sorgfalt fortgeführt werden und die Zeit erhalten, die sie benötigen. (...) Ein sichtbarer und

öffentlich zugänglicher Erinnerungsort am historischen Standort bietet die Möglichkeit, an das Schicksal der Kriegsgefangenen zu erinnern und die Bedeutung des ehemaligen Stalag VI D für die Geschichte Dortmunds und des nationalsozialistischen Zwangsarbeitssystems dauerhaft zu vermitteln.“

Die Entwicklung eines Erinnerungsortes brauche den Dialog mit der Stadtgesellschaft. Insbesondere zivilgesellschaftliche Akteure seien frühzeitig in die Diskussion über die Gestaltung und die inhaltliche Ausrichtung des Erinnerungsortes einzubeziehen. Ein solcher Beteiligungsprozess brauche Zeit und sollte von Beginn an eingeplant werden.



Ausgrabungen auf dem ehemaligen Lagergelände Stalag VI D.

## Zur Städtepartnerschaft mit Rostow am Don

### „Denn unser gemeinsames Interesse ist Frieden!“

Vor einigen Wochen sandte das Dortmunder Friedensforum an den Bürgermeister von Rostow am Don einen Brief mit dem Vorschlag, die vom Rat der Stadt Dortmund ausgesetzte Städtepartnerschaft mit Rostow am Don durch eine „Städtepartnerschaft von unten“ zu ersetzen. Im Folgenden dokumentieren wir den Brief.

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister Skryabin,

wir sind eine Gruppe Dortmunder Bürgerinnen und Bürger, die in der Friedensbewegung aktiv sind. Heute wenden wir uns an Sie als Bürgermeister unserer Dortmunder Partnerstadt Rostow am Don, weil uns ein versöhnliches und konstruktives Verhältnis zwischen unseren beiden Städten am Herzen liegt.

Die Städtepartnerschaft zwischen Dortmund und Rostow, die seit 1977 besteht, wurde aus Anlass des Ukrainekrieges durch einen Beschluss des Dortmunder Stadtrats im März 2022 ausgesetzt. Alle Kontakte wurden abgebrochen.

Das bedauern wir sehr!

Denn wir denken, dass gerade in Krisenzeiten eine Städtepartnerschaft wie diese eine wichtige Brücke zur Verständigung und zum Abbau von Vorurteilen zwischen unseren Ländern sein kann.

Wir haben den „Antikriegstag“ am 1. September dazu genutzt, um ein Zeichen für einen Neuanfang zu setzen. Dazu sind wir in die Dortmunder Innenstadt zum „Platz von Rostow am Don“ gegangen, auf dem die Bronzeskulptur „Kosakenpferde“ von Alexej Karkow – ein Geschenk Ihrer Stadt – steht. Dort haben wir ein Schild mit folgender Botschaft angebracht:

„An die Menschen in Rostow am Don:  
Ihr seid nicht unsere Feinde Und wir

Deutschen sind auch nicht im Krieg mit Russland. Wir lassen uns nicht spalten. Denn unser gemeinsames Interesse ist Frieden“

Diese Botschaft bitten wir Sie, Herr Bürgermeister Skryabin, an die Bürgerinnen und Bürger von Rostow weiterzugeben.

Am 1. September wird in Deutschland traditionell an die Schrecken des Ersten und Zweiten Weltkriegs und an die Lehren erinnert, die wir als Deutsche aus diesen Kriegen gezogen haben. Unser Grundgesetz fasst diese Lehren in dem Beschluss zusammen, in Zukunft „dem Frieden der Welt zu dienen“. Diesem Friedensgebot des Grundgesetzes wissen wir uns verpflichtet.

Die fast 50-jährige Partnerschaft zwischen Rostow und Dortmund hat in der Vergangenheit zahlreiche Kontakte und Freundschaften entstehen lassen. Wir würden gerne einen Weg finden, diese Kontakte neu zu beleben und – wenn möglich – noch weiter auszubauen. Dazu könnten wir uns eine „Städtepartnerschaft von unten“ vorstellen, die von uns Bürgern ausgeht und getragen wird. Auf diese Weise würden wir auch weiterhin „ein Volk der guten Nachbarn“ sein!

Könnten Sie, verehrter Herr Bürgermeister Skryabin, uns bei diesem Vorhaben behilflich sein?

Mit freundlichen Grüßen ...“



Auch die DKP setzt sich für Freundschaft und Frieden mit Russland ein. Das Foto zeigt den Botschafter der Russischen Föderation Sergej Netschajew (links) und Arnold Schölzel, Mitglied des Parteivorstands der DKP (rechts), bei einer Veranstaltung auf den UZ-Friedenstag 2026. (Foto: Alexej Stoljarow)

## KURZ & BÜNDIG

### Stadtrat beschließt Bettelverbot vor Außergastronomie

Auf einen Vorschlag der Verwaltung hin verbietet die Stadt Dortmund seit August 2026 das Betteln in einem Umkreis von fünf Metern um die Außergastronomie. Das hat der Stadtrat mit den Stimmen CDU, SPD, FDP/Bürgerliste, AfD und BSW angenommen. Grüne & Volt, Linke & Tierschutz und Die Partei stimmten dagegen. Die Verordnung ist zunächst auf ein Jahr befristet. Bei Verstößen innerhalb der Verbotszone erhebt das Ordnungsamt ein Verwarngeld von zunächst 15 Euro. Bei Nichtzahlung drohen höhere Bußgeldverfahren oder im weiteren Verlauf auch Erzwingungs- beziehungsweise Ersatzfreiheitsstrafen. Obdachlose weisen darauf hin, dass viele von ihnen auch schon vor dieser Verordnung wegen sogenanntem „aggressiven Betteln“ (damit gemeint ist aktives Betteln: Passanten werden angesprochen) mit Busgeldern überzogen wurden. Dass sie diese nicht bezahlen konnten und können, liegt auf der Hand. Mit dieser Repression und ihrer jetzigen Verschärfung treibe man Obdachlose in die Kriminalität. Scharfe Kritik an der Verordnung kommt von Initiativen wie „Schlafen statt Strafen“, „Sana Suppenküche“, „Genug ist genug“ und auch von der DKP.

### Bedarf an Schulplätzen steigt trotz kommunaler Finanznot

Die Zahl der schulpflichtigen Kinder und damit der Bedarf an Schulplätzen hat sich in Dortmund in den vergangenen Jahren deutlich erhöht. Unterschiedliche Entwicklungen – unter anderem bei Bevölkerungsentwicklung und Zuzug – wirken dabei zusammen. Besonders hoch ist der zusätzliche Bedarf an Gesamtschulen und Gymnasien. Die Reihenfolge der Maßnahmen orientiert sich insbesondere an der zeitlichen Dringlichkeit und daran, was im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel umgesetzt werden kann. Aber genau darin liegt das eigentliche Problem. Während der Bund für Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen gigantische Summen locker macht, treibt er die Kommunen in immer schlimmere Verschuldung. Die Stadt hat drei Standorte festgelegt, an denen zusätzliche Schulplätze ab Klasse 5 entstehen sollen: Brackel (Ortsteil Wambel, nördlich der Sendstraße), Eving (nördlich des Heisenberg Gymnasiums) und Hacheney (Fläche der ehemaligen Erstaufnahme-Einrichtung). Diese Reihenfolge erfolgt nach Dringlichkeit.



Dortmunder Friedensforum sandte Solidaritätserklärung an die Botschaft der Republik Kuba.

## Die Zärtlichkeit der Völker

Im vergangenen Juli wandte sich das Dortmunder Friedensforum mit der unten zitierten Solidaritätsadresse an die Botschaft des sozialistischen Kuba. Die Antwort der Botschaft dokumentieren wir in der Abbildung rechts.

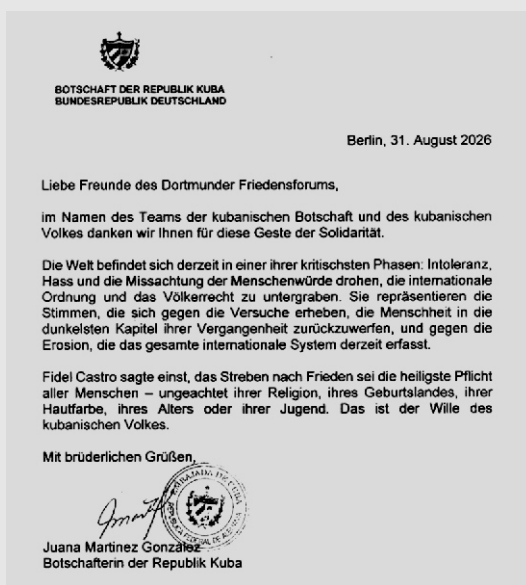
„Sehr geehrte Botschafterin des sozialistischen Kuba,

das Dortmunder Friedensforum verurteilt die laufenden Verschärfungen und Drohungen gegen das sozialistische Kuba.

Bei unseren wöchentlichen Friedenskundgebungen informieren wir die Dortmunderinnen und Dortmunder über die US-amerikanische Blockade und ihre schrecklichen Folgen für Kuba. Wir sammeln Spenden und beteiligen uns an den Unblock-Cuba-Aktionen.

Mit diesem Brief wollen wir Ihnen und damit dem Kubanischen Volk unsere Solidarität und Unterstützung zeigen.

Leider ist das wenig, aber Kuba soll wissen, dass es in Europa, in Deutschland, in Dortmund Menschen gibt, die solidarisch sind und nach ihren Möglichkeiten Kuba unterstützen, denn „Solidari-



tät ist die Zärtlichkeit der Völker“. Wir sorgen uns um Kuba, aber stehen zu den Worten Ernesto Che Guevaras: „Seien wir realistisch, versuchen wir das Unmögliche“. Mit solidarischen Grüßen“

**UZ**  
Zeitung der DKP:  
Kommunistische  
Standpunkte,  
marxistische Analysen  
Woche für Woche!

6 Wochen Probeabo  
Zeitung und Online-  
Ausgabe > gratis

Das 6-Wochen-  
Probe-Abo endet  
automatisch.  
Dabei entstehen für  
Sie keine weiteren  
Verpflichtungen!

CommPress Verlag  
Carol Schröder  
Hoffnungstraße 18  
45127 Essen  
Tel.: 0201 177889-15  
(14h-18h)  
Fax: 0201 177889-28  
E-Mail: abo@unsere-zeit.de

## Das Zitat

„Terrorismus ist der Krieg der Armen und der Krieg ist der Terrorismus der Reichen“

Peter Ustinov, britischer  
Schauspieler,  
16. April - 28. März 2004

## TERMINE der DKP-Gruppen

> Jeden letzten Donnerstag im Monat (i.d. Regel) findet um 19 Uhr im Z\*\* eine **Diskussionsveranstaltung** der DKP Dortmund zu einem aktuellen Thema statt.

> Jeden 3. Dienstag im Monat um 18 Uhr trifft sich die **DKP-Stadtteilgruppe Ost** im Z.

> Jeden 2. und 4. Dienstag im Monat um 19 Uhr trifft sich die **DKP-Stadtteilgruppe West** \*

> Jeden 2. und 4. Montag im Monat um 19.00 Uhr trifft sich die **DKP Gruppe Nord-Süd** im Z\*\*

\* Die Versammlungsorte der Stadtteilgruppen West sind zu erfragen unter: > [info\[at\]dkp-dortmund.de](mailto:info[at]dkp-dortmund.de)

\*\* Z = Zentrum für Kultur und Politik, Oesterholzstr. 27 (Nähe Borsigplatz)

## Impressum & Kontakt

Heisse Eisen c/o  
Deutsche Kommunistische  
Partei

Oesterholzstr. 27,  
44145 Dortmund,  
[Info@dkp.dortmund.de](mailto:Info@dkp.dortmund.de)  
[www.dkp-dortmund.de](http://www.dkp-dortmund.de)

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:  
30.09.  
2026

## Kontakt zur DKP

- ☐ mehr Infos über die DKP und ihr Programm
- ☐ Kontakt zu einer Gruppe in meiner Nähe
- ☐ Mitglied werden

Name .....  
Straße .....  
PLZ/Ort .....  
E-Mail .....

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an DKP Dortmund,  
Oesterholzstr. 27, 44145 Dortmund; oder E-Mail an [Info@dkp.dortmund.de](mailto:Info@dkp.dortmund.de)

## Spendet für die Kommunistische Partei

Auch kleine Beiträge helfen weiter!  
Sparkasse Dortmund  
IBAN: DE 49 4405 0199 0142 0684 51  
Stichwort Spende

